

DSW fordert Bund-Länder-Hochschulsozialpakt

Hochschulpolitik

DSW fordert Bund-Länder-Hochschulsozialpakt

Was sagen die Expert/-innen der Bundestagsfraktionen zu unserer Forderung nach einem gemeinsamen Hochschulsozialpakt von Bund und Ländern, mit dem zuvorderst mehr preisgünstiger Wohnraum für Studierende entstehen soll? Hier die Antworten aus unserem aktuellen DSW-Journal 1-2017.

- [9] **Kai Gehring MdB, Bündnis 90/ Die Grünen:**

"Die soziale Infrastruktur (Wohnen, Mensen, Beratung) muss mit dem Studierenden-Boom Schritt halten. Von 2007 bis 2016 ist die Studierenden-Zahl von 1,9 auf 2,8 Millionen gestiegen. Dies wurde unter anderem dank des Hochschulpakts möglich, mit dem Bund und Länder bis 2020 die Studienplatz-Nachfrage abdecken. Weder die Infrastrukturen des Wissens (Bauten, Technik) noch die sozialen Infrastrukturen sind adäquat mitgewachsen. Darum gibt es in beiden Bereichen Nachhol- und Modernisierungsbedarf, der adressiert und aufgelöst gehört."

- [10] **Nicole Gohlke MdB, Die Linke:**

"Ich unterstütze die Forderung des DSW nach einem Hochschulsozialpakt ausdrücklich. Der Ausbau der studentischen Infrastruktur wurde jahrelang - vor allem aufgrund der mangelnden Grundfinanzierung der Hochschulen - vernachlässigt: Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, an guter Ausstattung und an Beratungsmöglichkeiten für Studierende. So kann es nicht weitergehen - der Bund muss seiner Verantwortung endlich nachkommen: Wir brauchen eine Verstärkung des Hochschulpaktes und eine Initiative für einen Hochschulsozialpakt!"

- [11] **Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, SPD:**

"Die Forderungen sind vollkommen berechtigt. Das Beratungs-, Betreuungs- und Mensaangebot

muss ausgebaut werden. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass ein Sanierungs- und Neubauprogramm für studentisches Wohnen auch mit Unterstützung durch den Bund aufgesetzt wird. Für uns gehört auch die Stärkung und Weiterentwicklung des BAföG uneingeschränkt in einen solchen Sozialpakt mit hinein. Auch hierzu gibt es gute Vorschläge seitens des Deutschen Studentenwerks."

[12] Albert Rupprecht MdB, CDU/CSU:

"Hier geht es um wichtige studentische Belange. Doch obwohl die Länder für die Hochschulen zuständig sind, erfüllen sie ihre Pflichten oft nicht. Dabei hätten sie den Spielraum – alleine schon dank der hohen Milliardenlastungen durch den Bund. Der Bund schafft neue Studienplätze, er hat das BAföG komplett übernommen, engagiert sich für bessere Lehre und investiert künftig sogar in Schulsanierungen. Umso mehr müssen sich die Länder nun um die Belange der Studierenden an ihren Hochschulen kümmern."

11.04.2017

Source URL: <https://www.studentenwerke.de/de/content/dsw-fordert-225-milliarden-euro-f%C3%BCr>

Links

- [1] <https://www.studentenwerke.de/rss-feed.xml>
- [2] <https://www.studentenwerke.de/de/print/885060>
- [3] <https://www.studentenwerke.de/de/printpdf/885060>
- [4] <mailto:administrator@studentenwerke.de?Subject=UserMail%20text>
- [5] <mailto:?Subject=Stundentenwerke.de+-+geteilter+Link&body=https%3A%2F%2Fwww.studentenwerke.de%2Fde%2Fcontent%2Fdsw-fordert-225-milliarden-euro-f%25C3%25BCr>
- [6] <https://twitter.com/share>
- [7] <https://www.facebook.com/sharer/sharer.php>
- [8] <https://plus.google.com/share?url=https://www.studentenwerke.de//de/content/dsw-fordert-225-milliarden-euro-f%C3%BCr>
- [9] https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/bildungsexperten_1.jpg
- [10] https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/bildungsexperten_2.jpg
- [11] https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/bildungsexperten_3.jpg
- [12] https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/bildungsexperten_4.jpg